

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illust. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Kribane“, „Die rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die halbpaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsangelegen 4 Goldpfennige. — **Abdruckpreis:** Die Millimeterzeile 4gepalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Donnerstag, 27. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm. wöchentlich 60 Pf. Einzel. durch Straßenhändler u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Krasnapolsky Straße 60. — Postfachkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887

Rücktritt Poincarés!

Savas meldet aus Paris:

Obwohl Finanzminister de Laforetie die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat die Kammer, die gestern vormittag über das Pensionsgesetz verhandelte, entgegen seinen Wünschen das Gesetz mit 271 gegen 264 Stimmen an die Kommission zurückverwiesen. Finanzminister de Laforetie, Minister für Gesundheitswesen Strauß und Unterstaatssekretär Vidal, die für die Regierung anwesend waren, verließen darauf den Saal. Der Vorsitzende hob sofort die Sitzung auf. Im Augenblick findet im Elysee unter Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, der die Frage prüft, welche Konsequenzen aus der Lage zu ziehen sind.

Nach der Niederlage in der Kammer überreichte Poincaré dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts.

Nach seinem und Rücktritt seiner Minister wurde Poincaré vom Präsidenten Millerand mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Wahrscheinlich werden nur der Finanzminister Laforetie und der Ackerbauminister Chéron auscheiden.

Dasselbe Rücktrittsmanöver vollzog Poincaré schon einmal im Mai 1923. Damals bezweckte er mit seinem Rücktritt eine Stärkung seiner Position, die er auch tatsächlich erreichte. Denn das Vertrauensvotum, das er erhielt, war von einer großen Mehrheit in der Kammer getragen. Diesmal jedoch ist seine Position von Woche zu Woche schwächer geworden und wird trotz aller Schiebungen und Intrigen nicht mehr die alte Festigkeit erreichen. Die Politik des Nationalen Blods (so heißt in Frankreich der Bloch der Bürgerlichen Rechtsparteien), an dessen Spitze Poincaré steht, hat das Land in eine Finanzkatastrophe gestürzt, die durch die plötzliche Hebung des Frankenkurses nur noch vergrößert wurde und eine Exportkrise herbeiführte.

Die Steuerdrückererei der Reichen, die Steuerbelastung des werktätigen Volkes, die Lasten des Militarismus, die ständige Kriegsdrohung der französischen Expansions- und Annexionspolitik werden bei den Neuwahlen zur Kammer im Mai dieses Jahres zum Sturz des Nationalen Blods führen, selbst wenn er für dieses Mal wieder zusammengeleimt werden sollte.

Der sogenannte Bloch der Linken, d. h. das Bündnis der französischen Sozialdemokraten mit dem liberalen Flügel der Bourgeoisie, den Radikal-Sozialisten unter Herriot, wird naturgemäß die Politik des Nationalen Blods fortsetzen, wobei er an Stelle der nationalen Kriegsbegeisterung seiner Vorgänger lächerliche, demokratisch-pazifistische Phrasen setzen wird. Das bisherige Verhalten der französischen Sozialdemokraten, speziell in der Ruhrfrage, hat bewiesen, daß sie im Ernstfall, trotz aller Scheinopposition, die Raubpolitik Poincarés mitmachen. So wird der dieses Mal oder später kommende Linksbloch zur endgültigen Entlarvung der französischen Sozialdemokraten und Zerstörung ihres Einflusses auf die Massen beitragen.

Der sogenannte Bloch der Linken, d. h. das Bündnis der französischen Sozialdemokraten mit dem liberalen Flügel der Bourgeoisie, den Radikal-Sozialisten unter Herriot, wird naturgemäß die Politik des Nationalen Blods fortsetzen, wobei er an Stelle der nationalen Kriegsbegeisterung seiner Vorgänger lächerliche, demokratisch-pazifistische Phrasen setzen wird. Das bisherige Verhalten der französischen Sozialdemokraten, speziell in der Ruhrfrage, hat bewiesen, daß sie im Ernstfall, trotz aller Scheinopposition, die Raubpolitik Poincarés mitmachen. So wird der dieses Mal oder später kommende Linksbloch zur endgültigen Entlarvung der französischen Sozialdemokraten und Zerstörung ihres Einflusses auf die Massen beitragen.

Deutsche Finanzwirtschaft.

Das Reich und Preußen haben ihren Voranschlag für den Etat von 1924 veröffentlicht. Der Reichstanzler Marx hat in einer Rede sogleich mit großem Pathos auf die Tatsache hingewiesen, daß der Etat ausbalanciert sei. Die Finanzwirtschaft der deutschen Regierung, die seit Jahren mit gefälligen Büchern operiert, ist bekannt und man kann ohne weiteres annehmen, daß der hübsch ausbalancierte Etat nur den doppelten Zweck als Wahltranche und als Bluff für die Sachverständigen und das ausländische Kapital erfüllen soll. Papier ist ja geduldig. Und papierne Zahlungskolonnen sind leicht ins Gleichgewicht zu bringen.

Der Reichsetat ist zudem nicht einmal auf dem Papier ausbalanciert. Einer Ausgabenseite von 5,71 Goldmilliarden stehen als Einnahmen nur 5,27 Milliarden entgegen. Durch eine geschickte Zahlengruppierung wird also das ganze Defizit auf die Zahlungen an die Entente zurückgeführt. Der sonstige ordentliche und außerordentliche Etat weist sogar einen Ueberschuß (alles auf dem Papier!) auf.

Nun haben 1914 die Steuereinnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden insgesamt 4,4 Milliarden betragen; heute sollen durch Zölle und Steuern allein im Reich 5,27 Milliarden aufgebracht werden. Dabei sind die Steuern für die Besitzenden fast durchweg kleiner als im Frieden. Die Erbschaftsteuer bringt die lächerliche Summe von 80 Millionen ein, die gesamte Vermögenssteuer nur etwa 300 Millionen. Die Börsensteuer soll neuerdings abgebaut werden. Die gesamte Steuerbelastung, die fast doppelt so groß wie im Frieden ist, fällt ausschließlich auf die Schultern der werktätigen Massen. In Gestalt des Lohnabzuges und der zahlreichen indirekten Steuern sollen die Arbeitenden die Kosten für die kapitalistische Regierung aufbringen. Aber selbst wenn die arbeitenden Massen sich wehrlos dieser Zumutung gefallen lassen, wird keine kapitalistische Regierung es fertig bringen, bei der heutigen Wirtschaftskrise mit ihren riesigen Arbeitslosigkeitsschiffen, bei der heutigen Notlage der breiten Massen, aus ihnen die Milliardensummen herauszupressen. Der Kapitalismus vermag es, die Arbeiter verhungern zu lassen, die Finanzkrise vermag er nicht zu beseitigen.

Ebenso in der blauen Luft wie der Reichsetat ist auch der Goldetat für Preußen ausbalanciert. Ende Februar rechnete die Preussische Regierung noch mit einem Defizit von einer halben Goldmilliarde, im jetzt vorgelegten Voranschlag bilanziert der Etat. Das allein zeigt, wie vertrauenswiegend die offiziellen Rechnungen sind. Im Frieden betragen die Steuereinnahmen in Preußen 498,5 Millionen Mark, heute sollen 989,2 Millionen Mark, also etwa doppelt soviel aufgebracht werden. Nachdem die Regierung der Sozialdemokraten Severing und Braun auf den Protest der Junter die Grundsteuer für den Großgrundbesitz stark ermäßigt hat, so daß sie heute überwiegend die Kleinbauern trifft, soll das preussische Defizit mit einer Mietssteuer gestopft werden, die allein 300 Millionen Mark bringen soll. Die preussischen Mieter sollen etwa ebenso viel bezahlen wie die gesamte Reichsvermögenssteuer beträgt. Dies Beispiel genügt, um die schamlose Ausplünderung der Arbeiter zu erkennen, die jetzt betrieben wird.

Dieselbe Tendenz geht auch durch die einzelnen Ausgabenposten des Reichsetats. Der Beamtenabbau ist finanziell gescheitert. Die Verwaltungskosten sind heute höher als im Frieden. Wenn man die Pensionen und Abfindungen berücksichtigt, so zeigt es sich, daß der Beamtenabbau ebenso wie in Oesterreich als finanzielle Maßnahme sinnlos gewesen ist. Die finanzielle Seite war aber nur die Ausrede, mit der der eigentliche Zweck des Beamtenabbaus, die Säuberung des Beamtenapparats von allen nicht unbedingt reaktionären Elementen verdeckt wurde.

Reichswehr und Polizei kosten dem Reich 658 Millionen Erwerbslosenunterstützung und soziale Fürsorge 860 Millionen. Für die Millionen von Hungernden, die Invaliden, Kranken und Armen, hat der Staat nur ebensoviele wie für die 200 000 Selben des Gummiknüppels und des Säbels, die zur Niederknüppelung der Arbeiter bestimmt sind. Nach dem preussischen Etat sollen die Forsten 192,8 Millionen gegen 69,1 Millionen im Frieden aufbringen. Berücksichtigt man noch, daß Preußen die großen Waldgebiete in Westpreußen und Posen verloren hat, so bedeuten diese Ziffern, daß die preussische Regierung unerschämter Holzwucher treibt. Und dann reben ihre Minister noch von einer Unterstützung des Wohnungsbaues. Dafür sollen die Domänenpächter nur 9,3 gegen 15,7 Millionen einbringen. Die Domänenpächter sind nämlich arme notleidende Junter, die die ganze Inflationszeit satt verdient haben, und lächerlich geringe Papiermarksummen an den Staat bezahlt haben. Die preussischen Staatsbetriebe (Bergwerke, Salinen u. s. w.) sollen 20,2 Millionen gegen 5,2 Millionen im Frieden bringen. Die Tatsache, daß die staatlichen Bergwerke jetzt noch

3 Jahre Zuchthaus für Zeigner.

Während der Weinfällcher Minister Herms nach einigen Kommissionsberatungen als würdiger Vertreter der kapitalistischen Räuber rehabilitiert, während über die Beziehungen Scharz-Scheidemann der Mantel der Liebe und Schweigens gelegt wurde, während die tausend Bestechungen und Schiebungen, die in allen kapitalistischen Regierungen von Zeit zu Zeit ans Tageslicht kommen, immer wieder vertuscht werden, hat sich die deutsche Bourgeoisie mit wahrer Herzenslust auf verschiedene Unfortrethkeiten während der Dienstführung Zeigners gestürzt. Zeigner, der ein offensichtlich nervenkranker, schwächlicher Mensch ist, sollte besser in ein Sanatorium überführt werden. Aber die Bourgeoisie kann es ihm nicht verzeihen, daß er der Führer einer sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition in Sachsen war. Und so jämmerlich er auch die Proletarierinteressen preisgab, so feige und hinterhältig er auch vor der Diktatur der Faschisten, vor dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen zurückwich, die Bourgeoisie will ihr Mütchen an ihm fühlen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 3 Jahre Zuchthaus.

Morgen wird das Urteil gefällt werden.

Von der Wahlfreiheit in München.

(B.W.S.) München, 24. März.

Zur Vorbereitung der bayerischen Landtagswahlen waren kürzlich in den Orten Kochel, Bad Sölz und Penzberg Wahlversammlungen angelegt, in denen der ehemalige sozialdemokratische und spätere kommunistische Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Schmargendorf als Redner wirken sollte. Von den Bezirksämtern Sölz und Weilheim waren diese Versammlungen verboten worden mit der Begründung, daß der Redner nicht genügend Gewähr für Aufrechterhaltung der staatlichen Ruhe und Ordnung biete. Der Leiter des kommunistischen Wahlbüros in Bayern, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Höllein und der Abgeordnete Hoffmann-Schmargendorf legten darauf gegen dieses Verbot Protest bei dem bayerischen Ministerium des Innern ein, das nunmehr die Verbote rückgängig machte.

Deutschnationale Opfer.

Der Kampf der Deutschen für die nationale Ehre hat einen sehr materiellen Hintergrund. In Mecklenburg haben die Herrschaften die Regierung in die Hand genommen, Frohlockend kann die bötsche Presse schon mitteilen, daß für 36 deutschnationale resp. bötsche Anwärter Regierungstellen freigemacht worden sind. Da sage noch jemand, hinter den Deutschnationalen und Bötschen stehe kein edler Patriotismus.

Alte Handelsbilanz in Rußland.

Im letzten Vierteljahr weist die Handelsbilanz Rußlands einen Ueberschuß von 54,8 Millionen Goldrubel des Ausfuhrwertes über den Einfuhrwert auf.

Die Chemiarbeiter Mitteldenschlands vor dem Kampf.

Halle: Das Bezirkskartell des ADGB Halle-Merseburg und die Bezirks-Kampfleitung der Betriebe der Chemischen Industrie Mitteldenschlands haben im Auftrage der mitteldutschen Chemiarbeiter an den Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie, Sektion 5b, folgende Forderungen gerichtet:

1. Jegliche Verlängerung der Arbeitszeit ist sofort rückgängig zu machen.
2. Wegen Verweigerung von Streikarbeit darf kein Arbeiter gemahregelt werden. Der Stand der Produktion wird nur in dem Umfang wie vor dem 1. März aufrechterhalten, die Belegschaften haben darüber das Recht der Kontrolle.
3. Alle Entlassungen der letzten Streiks sind rückgängig zu machen.
4. Die Belegschaften haben das Recht, im Betrieb Betriebsversammlungen abzuhalten, und im Betrieb zugunsten der Ludwigshafener Arbeiter Sammlungen vorzunehmen.

Heute werden alle Betriebe in Versammlungen zur Antwort der Unternehmer Stellung nehmen. Die Kampfleitung ist ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der Rechte der Chemiarbeiter notwendig sind.

Der Streik in Hamburg geht weiter.

Hamburg: Nur ein kleiner Teil der Arbeiter ist der Parole der Reformisten gefolgt und hat die Arbeit aufgenommen. Die schon wieder Arbeitenden aus den Betrieben herauszuholen. Heute werden die Streikposten verstärkt, die versuchen sollen. Bremen: Die Verhandlungen im Bremer Hafenarbeiterstreik sind ergebnislos verliefen. Der Streik geht weiter.

Doppeltes Geschäft.

Angesichts um die Last der Micum-Verträge tragen zu können, forderten die rheinisch-westfälischen Gewerkschaften die Verlängerung der Arbeitszeit. Angesichts um diese Last tragen zu können, stimmten die Amsterdamer Gewerkschaftsführer der Forderung der Kapitalisten zu. Angesichts um unter der Last der Micum-Verträge nicht zu erliegen, fordern die Unternehmer nunmehr noch weitere Verlängerung der Arbeitszeit (bis 12 Stunden) und Abbau der Löhne. Willig folgen die (im Bergbau achteneinhalb Stunden, auf den Hüttenwerken 10 Amsterdamer auch solchen Begehren. So wurden die Micum-Verträge bisher schon zu einem Slanggeschäft für das Schwerekapital im In- und Auslande Fabriken kauft, die Anlagen erweitert, Grundbesitz erwirbt, kurzum die Summe keiner Sachwerte gewaltig steigert. Aber belanantlich kommt beim Essen der Appetit. Und nun fordern die Kapitalisten, daß ganz Deutschland das heißt die Werttätigen Deutschlands alle zusammen befristet werden, damit die Herren Industriellen die Micum-Verträge durchführen können.

dem Muster der Eisenbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden sind, die sich unter dem ausschließlichen Einfluß des Privatkapitals befindet, ist ein Beweis, daß diese Summen durch eine erhöhte Ausbeutung der Arbeiter in diesen Betrieben herausgeschlagen werden sollen.

Ausbeutung und Ausplünderung der breiten Massen bis zum Weisbluten ist die Tendenz der deutschen Finanzwirtschaft, die von den Sozialdemokraten in Preußen sogar als Regierungspartei mitgemacht wird.

Arbeiterkämpfe.

Die Stahlwerke in Hannover-Bischof sind wegen Lohnrücklagen und schändliche Behandlung in den Streik getreten.

Die Arbeiter der Automobilfabrik Bep in Arnstadt sollten durch die Unternehmer gezwungen werden, täglich mindestens zehn Stunden bei zwanzigprozentiger Lohnkürzung zu arbeiten. Einige Wochen hatte die Arbeiterklasse Überstunden ohne tarifliche Zuschläge geleistet, kehrte jedoch, trotzdem die Direktoren Betriebsleiter und Meister zur Überredung und zu Terrorversuchen aufbot, zur achtstündigen Arbeitszeit zurück.

Auf den Continental-Werken in Hannover spülte sich der Kampf zu. Best sind die Handwerker, etwa 150 Mann, entlassen worden. Der Betrieb kann aber ohne die Entlassenen nicht aufrecht erhalten werden. Dadurch wird sich wahrscheinlich der Kampf auf das ganze Werk ausbreiten. Gleichzeitig erläßt die Arbeiterklasse der Continentalwerke einen Aufruf, an die deutsche Arbeiterklasse, in dem sie darauf hinweist, daß die im ganzen Reich ausgeschrockenen Lohn- und Arbeitszeitkämpfe ein Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse sind.

Die Textilarbeiter in Lamsbach (Sachsen) stehen seit mehreren Wochen im Kampf, weil die Unternehmer den Achtstundentag befehlen wollen.

Die Kampffront der Württembergischer Textilarbeiter hat sich erweitert. Die Textilarbeiter von Röttingen und Neckarhausen haben sich dem Kampf angeschlossen. Die Direktoren des Textilarbeiterverbandes führen den Kampf aber so schlappe, daß die große Gefahr besteht, daß die Textilarbeiter sich dem Diktat der Unternehmer, 54-Stundenwoche und Lohnkürzung, fügen müssen.

Die Arbeiter der Firma Schöngarth u. Schütz-Berlin fordern, da die Berliner Metallarbeiter zurzeit tariflos sind, von der Direktion der Firma eine Erhöhung der Löhne von 48 auf 60 Bfg. Die Belegschaft erhält darauf hin die Paplere. Das ist die Folge des Verhaltens der D.D., der den Metallarbeitern empfindlich, Betriebsweise zu verhandeln, anstatt geschlossen und einheitlich den Kampf aufzunehmen.

Was man alles unter Pflichtarbeit versteht.

In Brannschweig-Bückeburg werden Arbeitslose mit dem Ausschicken eines Weiches auf einem Rittergut beschäftigt. Für 48 geleistete Arbeitsstunden will der Herr Rittergutsbesitzer nur 24 Stunden bezahlen.

In Groß-Karben-Oberhessen müssen Arbeitslose trotz sozialistischer Mehrheit im Gemeindeparlament 24 Stunden in Kiesgruben arbeiten. Vorher mußten sie Straßen bauen.

Neubrandenburg-Medienau: Hier benutzt man die Arbeitslosen zum Eintragen von Weichen und zum Bauen und Segen der Eisenbahn für die Bourgeoisie. Der Bau einer Gasleitung soll in Angriff genommen werden. Sogar 20 Prozent Bonus dem Tiefbauamt.

Schöpsig: Im Januar wurden Straßenreinerer entlassen, die seit zehn Jahren beim Tiefbauamt beschäftigt waren. Heute müssen dieselben Leute dieselbe Arbeit als Pflichtarbeit gegen Zahlung der Gewerbelohnunterstützung leisten.

In Berlin werden die Gewerbelohnen benutzt zum Kanalbau in Babelsberg, für Planierungsarbeiten auf dem Tempelhofer Feld und zum Bau eines Flugzeughafens dortselbst, sowie zum Reinigen von Spiel- und Sportplätzen.

In Düsseldorf wird Drehen des Weichens als Pflichtarbeit betrachtet.

Und gegen diese Sorte von Pflichtarbeit hat der A.D.D. Grundständig nichts einzuwenden.

Beleiten, werkt ihr, wohin der Weg geht?

Ein Garg als Wahrzeichen.

Zu einer humorvollen und doch feingliedigen Demonstration kam es in Bochum anlässlich eines Vorzuges in der Stadterweiterungsversammlung. Das Stadtparlament, in dem keine Kommunisten aber dafür die Sozialdemokraten in sehr starker Anzahl vertreten sind, hatte einstimmig, von den Gewerbelohnen angelegte Forderungen abgelehnt. Daraufhin bildete sich ein Demonstrationzug von über 4000 Arbeitern, der zum Protest vor des Rathauses zog. Die Arbeiter trugen im Zuge einen Sarg auf den Schultern. Plakate erklärten den Vorgang: „Wir tragen die letzten sozialdemokratischen Missionen zu Grabe! Für die Kommunisten kämpfen für und mit uns!“

Selbstschutz der Berliner Mieter gegen Mehrbelastung.

In verschiedenen Stadtteilen Berlins fanden am Sonntag Mieterversammlungen statt, die zu der in Aussicht genommenen Erhöhung der Mieten Stellung nahmen. Sämtliche Versammlungen wurden polizeilich überwacht und auch vor den Versammlungsorten fanden harte Polizeimassnahmen statt. Zu Zwischenfällen ist es jedoch nirgends gekommen.

In der Bodanstraße sprach als Referent der Stadtrat St. Die Versammlung nahm darauf einstimmig einen Bescheid an, der jede Mehrbelastung von Mieten zurückweist. Es wurde der Zusammenstoß aller Mieter, vor allem aller Lohn- und Gehaltsempfänger beschlossen. Die Mieterchaft garter Häuserblocks soll regelmäßig Versammlungen abhalten, zwecks einer organisierten Zusammenfassung der Mietersbewegung. Ferner wurde die Bildung von Delegationskomiteen angesetzt, die bei einer eventuell eintretenden ungesetzlichen Erhöhung der Mieten durch die Wohnungsinhaber bilden und die Zwangsübertragung der Wohnung verhindern sollen.

Von Gottes Gnade.

Die Heiden auf Thronen begehen sich als von Gottes Gnade. Interessentengruppen huldigen solcher Mär, so lange sich das für sie selbst bezahlt macht. Daraus können auch Dämonen und Idioten auf dem Thron sitzen. Wie einige seiner Boten, hat auch der Herr Jesus Christus von Berlin, den größten Teil seiner Zeit als Stellvertreter Gottes damit verbracht, in der Welt herumzuwandern, besonders in Paris die höchsten des kaiserlichen Hofes anzusehen. Wie seine Boten, so hat auch dieser „von Gottes Gnade“ dabei so unheimlich verfahren, daß seine Untertanen in Not und Elend gerieten. Man wollte ihn absetzen. Da marschierten die Geistlichen auf. Ihre Ströme ließen in Gefahr. Sie verteidigten die Monarchie. Im Konflikt zu vermeiden, hat darum die Kaiserregierung den Schach nur abgesetzt und seinen zweijährigen Sohn auf den Thron gesetzt.

Ein aufgedeckter Diktaturplan.

Immer wieder hat unsere Parteipresse auf die riesengroße Gefahr hingewiesen, die von Seiten des „Stahlhelm“ droht. Immer wieder haben wir den Nachweis geführt, daß der Stahlhelm nicht nur ein gemäßigter Regierklub von ehemaligen Feldgrauen ist, sondern daß er mit Waffengewalt die Durchführung einer Reichsdiktatur anstrebt. Und immer wieder ist von den jämmerlichen Lappen, die sich einbilden, die verantwortlichen Machthaber der deutschen Republik zu sein, aber auch rein gar nichts unternommen worden, um die stetig wachsende Gefahr im Keime zu ersticken.

Ein Berliner Montagsblatt ist jetzt in der Lage, zwei äußerst interessante Geheimdokumente zu veröffentlichen, die aus der Zeit des Pflasterputzes stammen.

Das erste ist ein vertraulicher Lagebericht an alle Gau-Verführer, der aus Magdeburg unter dem 11. November 1923 datiert ist. Es wird darin mitgeteilt, daß der erste Bundesvorstand des Stahlhelms in der Zeit vom 5.—11. November dreimal nach Berlin zum Reichskanzler berufen wurde, und heißt dann wörtlich weiter: „Der Unterzeichnete hat dem Reichskanzler der Reichsregierung und dem Oberbefehlshaber in klaren Worten die Stellung und Forderung des Stahlhelms überreicht. Er gewann jedoch den Eindruck, daß der jetzige Reichskanzler (Hr. Dr. Stresemann, D. Red.) nicht der Mann ist, um die nötige Entschlossenheit zur Führung sowohl der nationalen Diktatur als auch der Reichsregierung und letzten Endes von Preußen aufzubringen. Vor Forderungen wie Nachhausegehen des Reichstages, Ausschöpfung der Sozialdemokratie in der preussischen Regierung, rückständige Einführung und schnellste Erledigung der wertbeständigen Zahlung und der Ernährungsfrage wird der Kanzler zurück. Infolgedessen trug der Unterzeichnete dem Oberbefehlshaber die Entlassung und die Einstellung des „Stahlhelms“ vor.“ Nach der Feststellung, daß der berüchtigte „Jungdeutsche Orden“ mit dem „Stahlhelm“ ein Bündnis eingegangen ist, heißt es dann wieder weiter: „Der Bundesvorsitzende wird morgen nochmals nach Berlin fahren, um mit den dortigen maßgebenden Stellen zwecks Klärung der Lage zu sprechen und in ultimativer Form die Ersetzung der nationalen Diktatur weiter zu fordern.“

Es folgt dann die Veranschaulichung eines „Entwurfes“, der als Reichswehrminister den General von Seeck, als Wirtschaftsminister den Reichskanzler, als Ernährungsminister Graf Kanitz und als Außenminister Dr. Stresemann vorführt. Ziffer 3 dieses Entwurfes bestimmt: „Der Reichstag wird aufgelöst.“ Ziffer 7: „Streiks sind bis auf weiteres verboten. Die Bände sind geschlossen bis auf weiteres.“ und endlich Ziffer 8: „Es werden mit sofortiger Wirkung Standgerichte eingesetzt mit Befugnis der Todesstrafe für Auslieferung und Abotage gegen den Reichswehrminister, Reichswehrminister, Wäbener, Juridiktation von Nahrungsmitteln, Ausfuhr von Nahrungsmitteln.“ Geradezu klassisch sind aber die, dem „Entwurf“ angeleglichen „Bemerkungen“: Zu 3: „Wird der Reichstag nur in die Ferien geschickt, so können die Abgeordneten nach wie vor in den Vorzügen des Direktoriums.“ — Zu 7: „Streiks muß evtl. durch Erziehung jedes Zehnten entgegengewirkt werden, insbesondere dem der Bandenführer.“ Am allerherrlichsten jedoch die „Bemerkung“ zu Ziffer 8: „Im augenblicklichen Stadium, d. h. solange bis die Maßnahmen des Ernährungsministers und des Wirtschaftsministers, die nicht zureichen können, sich auswirken haben, muß Terror an die Stelle von Besserung der Lage treten. Daher ist jede Auslieferung gegen den Reichswehrminister mit dem Tode zu bestrafen. Das Aufhängen von vier Wäbenern auf dem Potsdamer Platz und von vier Streikbrechern am Neuen Tor, die Erschießung von drei Bandenführern, die ihr Verbrechen zurückhalten, ist der Schrecken, den bisher noch niemand gemagt hat und der notwendig ist. Wer dafür kein Verständnis hat, kann heute die Lage nicht meistern.“

Und ein Kommentar dazu dürfte überflüssig sein. Jeder vernünftige Mensch, dessen Gehirnsumme noch nicht mit einer Mischung von Fäkalien, Gummimitteln, Weisheitszähnen aller geistreichen Fürstentümer angefüllt ist, wird sich selbst den passenden Vers dazu machen können.

Die Stimmenerhebung der Post.

(B.M.C.) Berlin, 25. März.

Der bisher beim Reichspostministerium existierende Verkehrsbeirat, der aus Parlamentariern und Angehörigen der Industrie- und Handelskreise bestand, ist durch Verordnung des Reichspostministers aufgelöst worden. Diese Beseitigung des Verkehrsbeirates hängt, wie die „B.M.C.“ erfährt, mit dem Uebergang der Reichspost in eigene Verwaltung, ähnlich wie die Reichsbahn, zusammen. Nach Annahme des Postfinanzgesetzes durch den Reichstag noch kurz vor seiner Auflösung wird die Reichspost bereits vom 1. April ab als selbständiges Unternehmen fungieren.

Stimmes hat sein Ziel erreicht: Post und Eisenbahn sind in der Hand der deutschen Kapitalmagnaten. So wie früher die Türkei und andere Kolonien und Halbkolonien von den Imperialisten ausgeplündert, ihres letzten Besitzes beraubt wurden, so stehen heute deutsche und Ententeimperialisten gemeinsam dem deutschen Volke die letzten Reste des Volkseigentums, die wertvollsten Sachwerte, die Eisenbahn und die Post. Die ständigen Tarifsteigerungen auf der einen, der Beamten- und Lohnabbau auf der anderen Seite zeigen, auf welche Weise Stimmes gedenkt, diese Unternehmen „produktiv“ zu gestalten.

Gronau der Gumminger-Justiz.

Beispiel und Gegenbeispiel.

Die württembergische Justiz hat ein neues Klassenurteil gegen Kommunisten gefällt. Wegen eines Zusammenstoßes mit Nationalsozialisten erhielten acht Genossen und Genossinnen von 3 Wochen Gefängnis bis zu 30 Mark Geldstrafe zuerkannt. Der Führer der Nationalsozialisten, die den Zusammenstoß provoziert hatten, erhielt 40 Mark Geldstrafe. 13 Nationalsozialisten wurden vom Gumminger Gericht mit 20 Mark Geldstrafe eingekerkert.

Kopfheber werden freigesprochen.

Das Landgericht 2 Berlin hat mehrere Kopfheber, darunter den Herrn Oberleutnant selbst, der aber vorzeitigem Tode nicht erkrankte war, von der Anklage freigesprochen, daß sie durch die Gründung der Großdeutschen Arbeiterpartei die verbotene nationalsozialistische Arbeiterpartei weitergeführt hätten. Das Gumminger Gericht billigte seinen völligen Freisinn den guten Chancen zu, den es bei den Kommunisten, insbesondere wie ein deutsches Gericht man einmal, ist, stets vermisst.

Was kostet ein Arbeiterleben?

Sten. 26. März.

Wie aus dem Hebräer gemeldet wird, hat sich auf dem Schacht Bismarck heute früh, 6 1/2 Uhr, ein furchtbares Unglück ereignet. Eine Anzahl Bergleute hatten den Förderkorb am Drahtseil benutzt, wobei das Seil riss. Zwei Bergleute wurden getötet, vier schwer und einer leicht verletzt.

Aus der Partei.

Resolution der Exekutive der R. J. über die Organisation der Betriebszellen.

Die nachfolgende Resolution über die Organisierung der Betriebszellen wurde einstimmig auf der Sitzung des Präsidiums des R.R.J. vom 21. Januar 1924 zum Beschluß erhoben, vorbehaltlich der Änderungen, die sich ev. aus der Lage der einzelnen Sektionen als notwendig ergeben.

(Der Zentralausschuß der R.P.D. stimmte der Resolution einstimmig zu.) Jeder Funktionär, jedes Mitglied muß die Resolution auswendig und gründlich durchlesen!

„Die Organisation der Partei muß den Bedingungen und dem Zwecke ihrer Tätigkeit angepaßt sein. Bei der reformistischen Politik der sozialdemokratischen Partei, welche mit dem Elitismus Einfluß auf den bürgerlichen Staat auszuüben strebt, wurde naturgemäß das Hauptaugenmerk auf die Organisation der Wähler gerichtet. Deshalb wurde die Organisation nach Wahlbezirken und Wohnbezirken aufgebaut.“

Eine solche Organisationsstruktur gema von der Sozialdemokratie auch auf die kommunistischen Parteien über. Was das widerspricht nicht nur dem Endziele der R.P., sondern auch unmittelbar ihren Aufgaben. Das Endziel unserer Partei ist der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, die Verwirklichung des Kommunismus. Die unmittelbaren Aufgaben sind die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch aktive Beteiligung am täglichen Kampf der Arbeitermassen und die Leitung dieses Kampfes. Das kann nur bei enger Verbindung unserer Parteiorganisation mit den Arbeitermassen in den Betrieben erreicht werden.“

Hierbei ausgehend, hat schon der 3. Weltkongreß der R.J. beschlossen, daß die Grundlage der R.J. die Betriebszellen sein sollen. Aber in der Mehrzahl der Sektionen der R.J. ist bis heute noch nicht durchgeführt; in vielen Sektionen wurde nicht einmal die Frage der Organisation der Zellen nach den Betrieben konkret gestellt. Die Erfahrung der deutschen Revolution (Ende 1923) hat jedoch noch einmal auf die anschaulichste Weise gezeigt, daß beim Fehlen von Zellen, die nach Betrieben aufgebaut sind und in enger Zusammenhang mit den Arbeitermassen stehen, die Partei die Massen nicht in den Kampf hineinzuziehen und leiten, noch ihre Stimmungen richtig einschätzen, noch den günstigsten Moment auszunutzen und den Sieg über die Bourgeoisie erringen kann.

Grundformen der örtlichen Parteiorganisation.

1. Die Grundlage der Parteiorganisation bilden die nach Betrieben aufgebauten Betriebszellen.

Alle Kommunisten, die in einem bestimmten Betrieb arbeiten, müssen zur Betriebszelle dieses Betriebes gehören.

Anmerkung: In Betrieben, wo nur ein bis zwei Parteimitglieder arbeiten, werden diese Mitglieder der nächsten Betriebszelle angegliedert, welche ihre Arbeit auf alle in den Nähe liegenden Betriebe in denen Zellen fehlen, ausdehnen muß.

2. Die Kommunisten, welche nicht in Fabriken, Betrieben, Werkstätten, Ladengeschäften usw. arbeiten (Hausfrauen, Dien-

Note Hilfe.

Wegen einer Neuregelung der Zahlung von Unterstützungen an Familien werden diese Zahlungen im Bezirk Schleien v o r l ä u f i g eingestellt. Die Unterstüfungsempfänger, welche weiteren Anspruch auf Zahlung von Familienunterstützung erheben, werden aufgefordert, so f o r t neue Anträge auf Weiterzahlung der Unterstüfung unter Angabe der Gründe zu stellen. Die Ortsgruppen oder Kreisleitungen der R.P.D., Bezirk Schleien, haben die Angaben zu bestätigen. Anträge, welche nicht spätestens am 1. April d. Js. in den Besitz des unterzeichneten Komitee gelangt sind, können keinen Anspruch auf Berücksichtigung finden. Ebenso sind Anträge auf Bewilligung von Rechtschutz für politische Vergehen (kriminelle ausgeschlossen) rechtzeitig mit kurzer Begründung an dieselbe Stelle zu richten.

Note Hilfe, Bezirkskomitee Schleien, Breslau, Trebniger Straße 50.

boten, Hausdiener, Portiers usw.), bilden Zellen, welche nach Straßen aufgebaut sind (nach den Wohnungen).

Anmerkung: Alle Mitglieder von Betriebszellen, welche in anderen Distrikten wohnen, müssen sich in der Gruppe, in der sie wohnen, registrieren lassen. Das Gruppenkomitee scheidet sie zur Verwendung in die Straßenzellen. Die Mitglieder von Zellen anderer Distrikte, welche vom Gruppenkomitee in eine Straßenzelle geschickt sind, haben in dieser keine beschließende Stimme in den Fragen, über welche sie in der Betriebszelle abgestimmt haben. (Prinzipielle Parteifragen, Wahlen von Parteidelegierten usw.)

3. Die Arbeitslosen bleiben Mitglieder der Zelle desjenigen Betriebes, in dem sie früher gearbeitet haben. Bei dauernder Arbeitslosigkeit können sie mit Erlaubnis der Distriktleitung von dieser Zelle befreit werden und in die Gruppe ihres Wohnbezirks zur Ansetzung an andere Zellen umgeleitet werden.

4. In den kleinen Industriezentren, Städten und Dörfern, wo die Arbeiter bei ihren Betrieben oder Gütern wohnen, werden homogene Zellen nach Möglichkeit am den Betrieb oder das Gut herum geschaffen.

5. Eine Betriebszelle, wie auch eine Straßenzelle, wählt für sich ein Komitee aus 3, höchstens 5 Mitgliedern. Die Wahl wird in der allgemeinen Zellenversammlung vorgenommen. Das Komitee der Zelle verteilt die Arbeit unter sich. Abhängig von der Größe der Zelle bestimmt das Komitee Genossen für die Verwaltung und Verbreitung der Literatur, für die Leitung der Propaganda, einen Genossen für die Leitung der Arbeit im Betriebsrat, einen für die Gewerkschaftsarbeit, einen Verbindungsmann in die Jugendzelle, einen zur Leitung der Arbeit unter den Frauen usw.

6. Die Parteimitglieder, welche Mitglieder in Betriebszellen sind, zahlen dort ihre Mitgliedsbeiträge; die Parteimitglieder, welche in Straßenzellen organisiert sind, zahlen dort.

7. In großen Städten, wo es viele Betriebszellen und Straßenzellen gibt, werden diese in Gruppen vereinigt. Die Gruppen werden in Distrikte vereinigt. Alle Distrikte einer Großstadt bilden die Ortsgruppe. Die Distriktleitung teilt die Gruppen ein. Die Eintragung der Gruppen geschieht mit möglicher Berücksichtigung der Großbetriebe.

In Mittelstädten werden auch Gruppen gebildet, welche die Betriebszellen und die Straßenzellen vereinigen. Diese Gruppen werden zur Ortsgruppe vereinigt. In kleineren Städten und Dörfern werden die Zellen direkt zur Ortsgruppen vereinigt. Die Organisationen der Mittelstädte und die Ortsgruppen der Kleinstädte und Dörfer werden zu Arbeitsgebieten und Unterbezirken vereinigt.

Anmerkung: Die Gruppe bzw. der Distrikt halten gemäß den örtlichen Möglichkeiten und den Notwendigkeiten regelmäßige Versammlungen aller Mitglieder der Betriebs- und Straßenzellen ihres Gebietes ab.

8. In der Spitze einer Gruppe, eines Distrikts, und einer Ortsgruppe steht ein Komitee aus 3-5 Mitgliedern, das von der allgemeinen Zellenmitgliederversammlung der betreffenden

Aus Betrieb und Gewerkschaft.

Das Betriebsrätegesetz und die Aufgaben der Betriebsräte.

Welche Aufgaben können die Betriebsräte im Interesse des revolutionären Proletariats im Rahmen des Betriebsrätegesetzes erfüllen? Sind sie als revolutionäre Betriebsräte an das Betriebsrätegesetz gebunden oder haben sie das Recht und die Pflicht, vom Betriebsrätegesetz ausgehend, seinen Rahmen sprengen im Interesse des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse?

Diese Fragen lauten jetzt, wo die Betriebsräte gewählt worden sind, erneut auf. Sie heißen um so dringender eine Beantwortung, als das Unternehmertum unter dem Schutz des Belagerungszustandes immer offener darangeht, auch das Betriebsrätegesetz, das letzte, klägliche Überbleibsel der Novemberrevolution zu beseitigen, nachdem mit Hilfe des von den Sozialdemokraten den Herren Stinnes u. Co. feindlich apokryphen Ermächtigungsgesetzes, die Schutzbestimmungen der Demobilisierungsvorschriften und der Arbeitslosenversicherung beseitigt sind.

Die kommunistische Arbeiterpartei hat seinerzeit, als die ersten Wahlen auf Grund des Betriebsrätegesetzes zu den Betriebsräten erfolgte, die Wahlenthaltung proklamiert, weil das Gesetz ein Gesetz der Gegenrevolution sei. Durch diese Enthaltung der KPD, an den Tagestampfen der Arbeiterklasse aktiv teilzunehmen und von ihnen aus den revolutionären Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und seinen Staat zu beginnen, entfernte sie sich selbst aus den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse. Der Lob der KPD, beweis am deutlichsten, daß ihre Antwort auf die oben gestellten Fragen falsch gewesen ist.

Die revolutionären Arbeiter, die im unerlöschlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer stehen, müssen sich an den Wahlen zu den Betriebsräten beteiligen, um den Sebel zu finden, der die revolutionären Kämpfe auslöst, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch ihr Betriebsrätegesetz beseitigen. Sie müssen um so mehr mit offenem Meer und klarem revolutionären Programm in diese Wahlen hineingehen, als auch das Unternehmertum in seiner Offenheit gegen das Betriebsrätegesetz und gegen die Betriebsräte nicht Halt macht vor dem Buchstaben des Gesetzes.

Gewiß, das Betriebsrätegesetz ist ein Produkt der zurückstrebenden Revolution. Es ist ein Ergebnis der Arbeitgemeinschaft zwischen Unternehmern und reformistischen Gewerkschaftsführern, die gerade durch dieses Gesetz dem Proletariat die Fesseln anlegen wollten, die es hinderten, weiterzuschreiten auf dem Wege der Produktionskontrolle und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch den Kampf der Betriebsräte.

Ganz deutlich sagt der § 69, daß „dem Betriebsrat ein Eingriff in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnung nicht zusteht. Das Herrrecht des Unternehmers im Betrieb, sein uneingeschränktes Recht über die Produktionsmittel nach seinem Gutdünken, nach den Gelehen seines Profits zu verfügen, ist damit von den Arbeitgemeinschaftlern eindeutig anerkannt.“

Aber: das Herrrecht des Unternehmers über die Produktionsmittel gründet sich nicht allein auf die Paragraphen eines Gesetzes. Es hängt ab in seinem Bestande und seiner Auswirkung von der Kraft, die auf der einen Seite die Unternehmer zu seiner Durchsetzung und von der revolutionären Entschlossenheit, die auf der anderen Seite die Arbeiter zu seiner Aufhebung des Rechtes aufbringen.

Und da bietet das Betriebsrätegesetz, so gegenrevolutionär und unternehmerfreundlich es ist, noch Anhaltspunkte genug, um die Arbeiter im Betrieb, wenn sie von wirklich revolutionären Betriebsräten geführt werden, zu einer Erweiterung und schließlich Aufhebung des Betriebsrätegesetzes in ihrem Interesse zu mobilisieren.

Da ist der § 74, der den Unternehmer verpflichtet, sich bei Entlassung und Einstellungen einer größeren Arbeiterzahl mit dem Betriebsrat oder Betriebsausschuss möglichst längere Zeit vorher über Art und Umfang der erforderlichen Einstellungen und Entlassungen und über die Vermeidung von Härten bei diesen ins Benehmen zu setzen. Da ist der § 84, nach dem aus verschiedenen Gründen die Arbeiter- und Angestelltenräte Einspruch gegen Kündigungen innerhalb acht Tagen erheben können. Da ist der § 94, der, abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen, die Kündigung von Betriebsräten verbietet, auch wenn der Unternehmer eine Entschädigung anbietet.

Diese Paragraphen sind es gerade, gegen die sich heute die Offensive der Unternehmer richtet. Sie wollen Herren sein über die Produktionsmittel, sie wollen unumschränkt regieren und herrschen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, über das Leben der Arbeitsklaven, die ihnen 10 und 12 Stunden Fronde müssen.

Da sind schließlich die Paragraphen, die den Arbeiter- und Angestelltenräten zur Pflicht machen, auf die Belämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerkeaufsichtsbeamten und sonstige in Betracht kommende Stellen bei dieser Belämpfung durch Anregungen, Beratungen und Auskunft zu unterstützen sowie auch die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften zu unterstützen. Welch großes auch politisch wichtiges Betätigungsfeld eröffnet sich heute da den Betriebsräten, wo von reichswegen alle Fürsorgebestimmungen abgebaut und die Unfallverhütungsvorschriften längst in einen Fetzen Papier verwandelt worden sind.

Wenden die Betriebsräte diese Bestimmungen des Gesetzes nur entschlossen an, so werden sie durch ihre Tat den hinter ihnen stehenden Arbeitern, als deren Vertrauensleute sie gewählt sind, halb klar gemacht haben, daß nur der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise überhaupt, gegen das Verfügungsrecht des Unternehmertums, das gerade durch das Betriebsrätegesetz stabilisiert werden sollte, selbst diese bescheidenen Arbeiterrechtbestimmungen dieses Gesetzes verwirklicht werden können.

Und da gibt es im Gesetz noch einen Paragraphen, der den Betriebsräten einen Angriffspunkt auch nach dieser Richtung hin gewährt. Der § 66, Ziffer 1, stellt dem Betriebsrat die Aufgabe, „die Betriebsleitungen mit Rat zu unterstützen und für möglichst Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitungen zu sorgen“. Das Unternehmertum und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten glauben, daß sie diese Bestimmung erfüllen, wenn sie den Zehnteltag durchsehen und die überflüssig gemachten Arbeiter auf die Straße werfen. Der revolutionäre Betriebsrat erfüllt diese Aufgabe durch den Kampf um den Achtstundentag, gegen die Produktionsabotage durch die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß unter Mitwirkung der Arbeitslosenräte und der Kontrollausschüsse, so tut er den ersten Schritt zur Produktionskontrolle durch die Betriebsräte und zur Aufhebung der kapitalistischen Anarchie, die die Betriebsleistungen mehr und mehr vermindert.

Diese sich auf die Produktion selbst beziehenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind die, die ausgenutzt und von der Arbeiterklasse im Kampfe erweitert, auf die ureigensten Aufgaben der Betriebsräte hinweisen.

Die Führung der Lohnkämpfe haben die Betriebsräte praktisch oft übernommen, weil die zu ihrer Führung berufenen Gewerkschaftsinstanzen hier schamhaft versagt haben. Bei diesen Lohnkämpfen wirkten die Betriebsräte häufig auch als Gewerkschaftsfunktionäre, zum großen Teil aber auch selbständig. Auch wenn in der Gewerkschaftsbewegung das Prinzip der revolutionären Industriearbeiterorganisationen geizig hat, so werden doch in allen Fragen, die die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und die Verwaltung der Arbeitskraft betreffen, die Betriebsräte ausführende Organe der Gewerkschaften sein. In der Kontrolle und Leitung der Produktion aber sind die Räte selbständig, ruht die ganze Macht und Ver-

antwortung auf ihnen, die betriebsweise und als Solche Reichsmacht zentralisiert sind. Die gewaltige Aufgabe, die die Betriebsräte zu bewerkstelligen haben, um die Produktionsmittel und die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zum Sozialismus aufzurufen, muß, wenn die Arbeiterklasse nicht noch immer tiefer in Dred und Elend versinken soll, bald gelöst werden. Darum gilt es, bei den Betriebsrätewahlen die Frage des Kampfes und die Erhaltung und Erweiterung des Betriebsrätegesetzes, seiner Aufhebung im Ringen um die Kontrolle über die Produktion und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Vordergrund zu stellen. Nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die entschlossen sind, diesen Kampf zu führen, der zugleich ein Kampf ist um die Herausbildung der politischen Räte in Deutschland, dürfen die Vertrauensleute der Arbeiterklasse in den Fabriken und Werkstätten werden.

Arbeiterkämpfe in England.

Die Arbeiterregierung von Gnaden der Militärräte.

London, 26. März. Die Lage im Verstecktsitz gibt Veranlassung zu großer Besorgnis. „Evening News“ zufolge ist nicht nur Sommerpaßteil der Untergrundbahnangehörigen für Freitag Mittelnacht angeordnet worden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, daß der Nationalverband der Eisenbahner, dessen Vollzugsausschuss morgen nachmittag eine entscheidende Sitzung abhält, diese Bewegung unterstützen wird.

Die Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den drohenden Bergarbeiterstreik abwenden sollte, hatte keinen Erfolg gehabt. Die Arbeitgeber erklärten, sie seien nicht in der Lage, über ihr Angebot hinauszugehen.

Die Kämpfe, die augenblicklich England durchtoben, zeigen dem englischen Arbeiter mit unübertrefflicher Klarheit, wie wenig ihre eigene Regierung insstande und willens ist, die Lage der Proletarier zu verbessern und den Unternehmern brutal und klassenbewußt entgegenzutreten, wie sehr, im Gegenteil, die Regierung MacDonalds die Interessen der Unternehmer vertritt.

Noch schlimmer enthüllt die Regierung auf militärischem Gebiet ihre konterrevolutionäre Stellung. Die Konservativen stellen, aus Demagogie, um die Arbeiterpartei zu zwingen, militärischer als die Militärräte der konservativen Partei aufzutreten, den Antrag auf Herabsetzung des Marineetat um 100 Pfund. Die Arbeiterregierung jedoch bestand auf ihrer Regierungsvorlage und setzte mit den Stimmen der Liberalen durch, daß der Etat nicht gekürzt werde, weil sonst der Ausbau Singapores als Kriegshafen unmöglich gemacht werde.

Griechenland Republik.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

In Griechenland wurde am 25. März die Republik ausgerufen. In der Stadt Athen herrscht große Erregung. Die Nationalversammlung beschloß einstimmig die Absetzung der Dynastie, die Ausweisung ihrer sämtlichen Mitglieder aus Griechenland und die Einziehung ihres gesamten Vermögens ohne Entschädigung. Eine allgemeine Amnestie soll erlassen werden. Der König Georg II. protestiert aus dem sicheren Vatikan gegen seine Absetzung, die er nicht anerkennt, bezoglichen sein bisherige Absetzung, die er nicht anerkennt, bezoglichen sein bisheriger General Metaxas, der sich sicherheitsshalber nach Paris begeben hat.

Athen erlebt eine Neuaufgabe der Berliner Novembertage in etwas veränderter Form. Alle Bourgeois sind plötzlich Republikaner geworden. Die Felder der Monarchie protestieren tapfer aus dem sicheren Ausland. Die Güter der Monarchisten sollen eingezogen werden, (immerhin radikalere Maßnahmen, als die deutsche Sozialdemokratie traf) — wenigstens auf dem Papier, Amnestie — auf dem Papier, und noch verschiedene andere papierne Versprechungen. Die griechischen Arbeiter und Bauern haben zur Genüge die Verfolgungen durch den König sowohl, wie durch den Republikaner Benizelos kennen gelernt. Sie wissen, daß die Eringung der demokratischen Staatsform die Verjagung des Monarchen nur die Vorbedingung ist für den Kampf um die Macht, von dem sie kein republikanischer Schwindel befreien kann.

DIE REBELLEN

Von P. E. Dybenko.

(In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Aber da bestiegt die Tribüne ein neuer Redner, ein Mann von mittlerem Wuchs, mit langsam unordentlichem Haar, ausdrucksvollen, aber gesenkten Augen. — es ist der Genosse Antonow-Dorofew. Alles verstummte. Seine starke und langwellige Stimme harmoniert wenig mit der Arkhe. Er spricht langsam, mit Pausen. Es herrscht Stille, alles hört gespannt zu. Antonow zieht das Fazit des in diesen zwei Monaten zurückgelegten revolutionären Weges. Er erklärt es für absolut notwendig, die kapitalistischen Minister sofort aus der Regierung zu entfernen; er berührt alle in der Zeit liegenden brennenden Fragen. Unter Hurraufen und lautem Beifall der vieltausendköpfigen Menge verläßt er die Tribüne.

Die Resolution der Bolschewisten wird angenommen. In gerundeten Reihen bewegt sich die Menschenmasse durch die Straßen von Helsingfors. Erst gegen Mitternacht verstummte die revolutionären Reden. Aber am Anlegeplatz und im Transport sieht man noch lange nach Mitternacht einzelne Matrosengruppen in heißen Diskussionen auf und ab wandeln.

IV.

Der Helsingforser Sowjet — oder genauer, die Menschewisten, — strebte danach, die ganze Baltische Flotte, nicht nur die von Helsingfors, sondern auch die von Kronstadt, Reval und Abo zu umfassen. Aber gleich am Anfang seiner Bemühungen erlitt er einen vollständigen Mißerfolg. Kronstadt lebte kein eigenes Leben und ignorierte nicht nur den Helsingforser menschenwürdigen Sowjet, sondern auch den Petersburger, zumal dort die provisorische Regierung herrschte. Die Seeleute von Reval bestanden auf dem von ihnen ausgewählten Kandidaten Werderewitsch für den Posten des Kommandierenden der Baltischen Flotte, an Stelle des Admirals Maximow, der ein Kandidat von Helsingfors war; und nur die Seeleute von Abo verbanden sich mit denen von Helsingfors, aber auch sie hatten sich nicht um die Wahl dem Entwurf des Helsingforser Sowjets zu verhalten. Diese Verschärfung der Flotte und gewisse Verbindungen zwischen den einzelnen Flottenbasen behagten den Seeleuten nicht. Man suchte nach einem Ausweg, nach einer organisatorischen Form, die die ganze Flottenflotte zusammenfassen und eine beschränkte Geschlossenheit schaffen würde und die bestände wäre, die revolutionäre Reaktion zu verhindern, daß die Wahlen und

Forderungen der Flotte zu rechnen. Eine solche organisatorische Form fand sich auch. In einer der Sitzungen des Helsingforser Sowjets brachte die Matrosensektion ein Projekt der Organisation eines Zentralkomitees der Baltflotte ein. Sehr viele waren gegen dieses Projekt. Eine solche Zentralstelle würde als ein Organ betrachtet, das die Flotte sowohl dem Einfluß des Helsingforser Sowjets als auch dem der Menschewisten befreien würde. Aber die Stimmen der Matrosen entschieden diese Frage. In derselben Sitzung wurden auch die Vertreter für diese „Zentralrat“ gewählt. Die Helsingforser Gruppe schickte sofort Telegramme mit dem Projekt des „Zentralrat“ nach den anderen Flottenbasen und ersuchte um die Zusendung ihrer Vertreter. Die Revaler und Petersburger erhielten sich telefonisch und mündlich zu diesem Projekt und es dauerte lange, ehe sie ihre Vertreter sandten. Endlich kam die Sache zu Stande. Die Delegierten sind gewählt und begannen sich zu versammeln. Nun taucht eine andere Schwierigkeit auf: der Helsingforser Sowjet gibt keine Räumlichkeiten nicht her.

„Sucht euch selbst, was ihr braucht!“ Drei Tage lang suchten wir und rannten wie Obdachlose durch die Stadt. Endlich zeigte sich eine Aussicht. Wir holten unsere Sachen von den Schiffen und wählten das Gebäude belegen. Aber wir mußten wieder abziehen, auch hier wurden uns die Räumlichkeiten verweigert. Schlawow und ich stehen ratlos an der Landungsstelle und überlegen: was soll jetzt geschehen? Morgen treffen schon die Vertreter aus Kronstadt, Reval und Abo ein und wir haben nicht einmal eine Unterkunft für sie. Was sind wir für eine Organisation, wenn wir nicht einmal ein Obdach haben? Verdammte! Am Landungsplatz, dem Sowjetgebäude gegenüber, liegt ein kleiner Papier „Biola“, der früher dem Postamtverkehr diente.

Genosse Schlawow, nehmen wir diesen Dampf. Wenn sie versuchen uns hinauszuerufen, dann holen wir uns Leute vom Schiff.“

Schlawow: „Wo denkst du hin, der Kasten ist ja voller Ratten. Wir halten dort keine Nacht aus.“

„Das macht nichts, die Ratten sollen uns Schreiberdienste leisten.“

Er war damit einverstanden. Wir brachten unsere Sachen aus dem Schiff und am nächsten Tage konnte jeder in der Zeitung lesen: „Das Zentralkomitee der Baltischen Flotte tritt mit heutigem Datum in Funktion. Es befindet sich auf dem Transportbiola“, gegenüber dem Helsingforser Sowjet.“ Und am dritten Tage wohnte schon auf diesem kleinen Fahrzeug eine rote Fahne mit den Initialen: Z.R.F. Die Seeleute hatten es sich gewiß niemals träumen lassen, daß sie den „Zentralrat“ aufnehmen und damit in der Geschichte der russischen

Revolution eine große historische Rolle spielen würde.

Eine Woche darauf waren alle Mitglieder des „Zentralrat“ versammelt. Die Arbeit kam ins Rollen, und es wurde vor allem eine enge Verbindung mit allen Flottenbasen hergestellt. Aber da taucht eine neue Schwierigkeit auf. Die Regierung erkennt uns nicht an und die sogenannte „Zentralrat“, eine Organisation, die in den ersten Tagen der Februarrevolution von jenen Matrosen und Flottenoffizieren gebildet war, die als Kerensky Anhänger sich zujählig in Petersburg befanden, — wollte auch nichts von uns wissen. Es fehlten die notwendigen Mittel für die Existenz der „ungelesenen“ geborenen Organisation. Aber die Seeleute selbst kamen dem Zentralrat zu Hilfe. Sie haben den Zentralrat geboren, sie unterstützen ihn, sie sind bereit, ihr Kind mit der Waffe in den Händen zu verteidigen. Und das ist die Hauptsache. Mit einer solchen Hilfe kann man auch ohne Mittel arbeiten.

Die erste Sitzung findet statt. — ohne Tagesordnung, ohne ein vorgelegtes Programm. Es fehlt sogar an einem Vorsitzenden der die Sitzung eröffnen könnte. Alle schreden davor zurück, die Verantwortung der Initiative auf sich zu nehmen, zum Kind einen Namen zu geben und es auf eigene Faust zu stellen. Und die Sitzung eröffnet sich gewissermaßen von selbst. Es ergab sich das Wort und erkläre im Namen der Initiativegruppe der Organisation des Zentralrat, daß das Wort dem Genossen Schlawow erteilt wird. Schlawow gibt einen kurzen Ueberblick über die Art, wie der Gedanke, eine solche Institution zu organisieren, entstanden war, verliest einen Entwurf für die Satzungen und erlucht die Bestimmung, an die Wahl des Präsidiums heranzutreten. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Man beginnt mit der Wahl des Präsidiums.

Die Wähler sind einmütig, die Kommunisten, die die Stimmen zählen soll, ist gewählt. Nach der Pause wird das Wahlergebnis mitgeteilt: als Vorsitzender ist Genosse Dybenko gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden — Magnitski, zum ersten Sekretär — der ehemalige Leutnant Grundmann, zum zweiten Sekretär — der Schiffsführer Sabolotny.

Das Präsidium wird beauftragt zur nächsten Sitzung das Programm auszuarbeiten, die Sektionen vorzuschlagen, ein Programm an die Seeleute der Baltischen Flotte zu verfassen, und ferner, einen Bericht an Kerensky zu senden, mit dem zu suchen, diese „höhe“ Behörde zu sanktionieren und die zu ihrem Unterhalt erforderlichen Mittel zu kreditieren. Ohne Streitigkeiten und überflüssiges Gerede machen wir uns an die Arbeit. In der nächsten Sitzung wird eine Delegation gewählt, die Kerensky aufsuchen und ihn um die Sanktion unserer Organisation ersuchen soll.

(Fortsetzung folgt.)

Kotales.

Oppelner „Kleinigkeiten“

Mit dem „Anerkennung“ fängt man immer zuerst an und wenn man das „Anerkennung“ anführen will, so dürfte die letzte Stadtratsversammlung wohl so bezeichnet werden, wenn sie auch schon acht Tage zurückliegt. Diese Sitzung war ein „Wild für Witter“. Wir stehen vor den Wahlen und alle die Stimmzettel-Parteien, besonders unter ihnen das Zentrum, haben Angst, irgendwelche Belastungen, denen sie zustimmen, vor den Wählern setzen zu lassen. Gibt man also hinten, so begibt man sich nach vorne und hebt die Hand nicht zu hoch (nicht wahr Herr Zentrumsmann Schubert!), damit man von den Wählern nicht gesehen wird. Wenn aber die SPD für die Erwerbslosen und Obdachlosen eintritt, dann ist man schnell bei der Hand, daß Obdachlose „Vagabunden“ sind. Ja, ja, ein Wild für Witter, wenn es nicht so beschämend und bezeichnend wäre.

Ankündigung in Oppeln. Armer Ankündigung, du hast keine Freude an Verkündern. Ganz da am letzten Dienstag wieder eine öffentliche Versammlung von diesen „Geistlichen“ im Gesellschaftshaus statt. Der Saal voll besetzt — von Arbeitern. Herr Herzog, der Vertreter dieser „Geister“-Richtung zog ein, veränderte sein Ziel und zog unter dem einstimmigen Gesang der Internationalen ohne Ankündigung wieder heraus. Arme Ankündigung-Anhänger (acht Stück an der Zahl), immer wieder, nun schon zum dritten Male ohne ein Schlusswort nach Hause zu gehen, muß doch gar zu schmerzhaft sein.

Öffentliche Kommunistenversammlung in Oppeln. Das alte Schützenhaus voll bis auf den letzten Platz. Der Reichstagsabgeordnete für Mittelschlesien spricht. Rallt das Wild des verstorbenen Reichstags und seiner „Taten“ auf. Atemlose Stille die ganzen zwei Stunden und tosender Beifall am Ende. SPD und Bürgerliche ziehen es vor, hübsch still zu bleiben, denn zu wahrheitsgetreu ist ihr Spiegelbild.

Nächsten Tag Mitgliederversammlung der SPD. Dasselbe Bild, jeder Platz besetzt. „Ein Königreich für einen Stuhl!“ Es ist keiner zu erhalten und doch halten auch die stehenden Genossinnen und Genossen in der äußerst rege und interessant verlaufenden Versammlung vier Stunden aus. Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht, dürfte wohl das Motto für beide Versammlungen sein. Es kommt der Tag.

Auch der Mieterchuverein hat seine Klagen und auch Freuden. Freuden deshalb, weil der Zuwachs an Mitglieder wieder im Aufsteigen begriffen ist und noch anhält. Janner noch hängt das Damoklesschwert der Aufhebung des Mieterchuges über den Mietern. Hoffen wir das Beste.

Genosse Widor, der mit anderen Mietern beladen ist, legte den 1. Vorsitz nieder, mußte auf einstimmigen Wunsch das Amt des 2. Vorsitzenden wieder annehmen. Na, so weit wir wissen, wird der Genosse auch hier seinen Mann stellen und die ihm aufgetragene Arbeit gewissenhaft ausführen. Rat und Hilfe erteilt allen Mitgliedern des Vereins und auch allen bedürftigen Mietern, die die Beiträge nicht aufbringen können, die Auskunftsstelle Schule 2 jeden Donnerstags von 5 1/2 — 7 1/2 Uhr Auskunft. Nur in dringenden Fällen sind in ihrer Wohnung erteilt folgende Herren Auskunft: Postbeamter Rippchen, Kräuterei 6; Kohlenhändler Golewa, Breslauer Platz 19 und Tapezierer Widor, Adalbertstraße 11. — Extremlich ist es, daß es den politisch organisierten Mitgliedern des Vereins gelang, die Mieterchuverein zu überzeugen, daß die Aufstellung von Mieterlisten für die Kommunal- und Reichstagswahlen ein Unfug ist. Die heißt doch die Weimarer Verfassung seligen Andenkens: Da deutsche Volk einig in seinen Stämmen. — Nun ja! Bis auf die, die durchaus Stadtverordnete oder R. d. R. werden wollen und sei es durch die Mieterchuverein.

Wir stehen vor den Wahlen. Da drinnen aber im alten Schützenhaus sitzen die Vertreter der Erwerbslosen am letzten Freitag und beraten, wie sie sich ihr Stückchen trodenes Brot, bestehend in der noch von den Beschäftigten angebrachten Erwerbslosenunterstützung, den Gemeinden gegenüber sichern. Iching tra tra... die Reichswehr zieht vorbei, sie demonstriert den Erwerbslosen, daß Herr Ebert regiert und mit Hilfe der Sozialdemokraten auf Erwerbslosenunterstützung nicht angewiesen ist. Weiter geht die Tagung und die erregten und von Not und Sorge verübten Gesichter zeigen uns, daß sie ihrer Aufgaben für die nächste Zukunft bewußt sind. Die Betriebe sollen in nächster Zeit geöffnet werden, ruft jemand zaghaft in die Versammlung. Wahlmacht! war die einstimmige Antwort darauf. Nach den Wahlen das alte Lied, das alte Lied! Wächter und Zuckerbrot will man den Erwerbslosen vor den Wahlen reichen. Die Not hat ihnen die Augen geöffnet, sie werden beides energisch zurückweisen.

Das Oppelner Arbeitsamt ist eine besonders schöne Einrichtung gegen die Arbeitslosen. Statt behagliche Arbeit zu geben, magt man zu beschließen, den Neuanbau der Schießstände der „Schützenhilfe“ als „Normandarbeit“ zu erklären. Auch ist das letzte Wort hier nicht gesprochen und wir hoffen im Interesse der Erwerbslosen, daß auch diese Schandtat, wie so manche andere, zurückgewiesen wird. Wollen andere Schießstängelbesitzer schreien, so mögen sie sich auch die Einrichtung dieses Vergnügens bezahlen. Am Freitag ist bis jetzt immer noch genügend Geld vorhanden gewesen.

Wir sind am Schluß unserer „Kleinigkeiten“. Nur etwas empfehlen wir noch den Wohnungslösen von Oppeln, was der Wohnungskommission nicht gelang, zu tun. Im Rathausanbau befinden sich zwei leere Zimmer und ein größeres Zimmer, das der ehemalige Stadttheater-Direktor Käßiger heute noch als Büro (unpfeiflich gratis) hält. Ich erwäge als Wohnung zu fordern. Bisher hat sich der Magistrat kaum gestellt. Hoffentlich hilft unser Öffentliches Ansuchen.

„In Liebessünder“ Weise hat auch das Mietseinerungsamt eine durch das Wohnungsamit beschlossene teilweise Beschlagnahme der 7 Zimmerwohnung der Frau Dagehl aufgehoben. Und Proleten kaufen weiter zu drei Familien in einer Stube.
Genug für heute des gramman Spiels!

Realität O.S. Die Kommunisten sind nicht zu vernichten. Am Freitag, den 21. März, fand hier eine gut besetzte Volksversammlung statt, in der Genosse Weimel sprach über das Thema: „Kommunismus“ wurden die Kommunisten verfolgt und gibt es keine Rettung.“ Redner genährte in klarer Form die Lage, die zur Niederlage und Niederlage der Kommunisten geführt hat, weil sie die einzige Partei war, welche den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und der kapitalistischen Weltmacht haben konnte. Darum fehlte Verbot und Unterdrückung und Einkerkelung der Kommunisten ein. Der Mauthaus wurde durch das Ermordungsgebot geschaffen, dem die Sozialdemokraten zustimmten; sie dem „Führer“ zu sein, auf Gnade und Ungnade, welche sie selbst zu tragen bekommen. Deshalb ausschließlich die Situation und was auf die Rettung hin. Durch das Parlament wird kein Weg kommen, sondern nur durch den Kampf. Die Kommunisten sind die einzige Partei, die durch das Parlament nicht vernichtet werden können. Da der Diskussion wurde sich die Sozialdemokraten zu Wort trotz Anwesenheit. Im Schlußwort rief er noch einmal deutlich ab, mit der unerschütterlichen Überzeugung, daß die Kommunisten folgen muß und daß jeder Teil der Bevölkerung bewußt, daß die Kommunisten weder durch die Erlasse sozialdemokratischer Regierungen, noch durch die Dekretionen nachträglicher Landesparlamente zu vernichten sind.

Die positive Arbeit der Breslauer SPD-Stadtdäter. Die „Volksmacht“ entrückt sich am Dienstag wieder einmal darüber, daß die Kommunisten im Parlament keine „positive Arbeit“ leisten, sondern nur agitieren wollen. Am Mittwoch schloß sie sich zur Besetzung, den Beweis für ihre so legendäre „praktische Arbeit“ zu erbringen. Sie veröffentlichte eine längere Zuschrift über die Bundesfeier, in der u. a. eine tiefgründige Untersuchung darüber angestellt wird, ob die Haltung eines Schöpplindens erzieherische Folgen für den Bundeshalter hat. Schließlich wird in jener Zuschrift das Problem gestellt, ob ein Ausbruch oder ein Konfliktvogel der Liebe und Pflege mehr wert sind als der intelligente Hund. Der Bundesfreund bringt zum Schluß seines Artikels die Bundesfeierfrage in Verbindung mit dem Sieblungsbaum, und die für alle hinhilfsigen Fragen kompetente Volksmachtredaktion ist von der Einsendung ihres Genossen so erbaute, daß sie verärgert ausruft: „Laßt uns Sieblungsäuser bauen, wo wir unseren Hund halten können.“ Das sind Sorgen der Redakteure eines sog. Arbeiterblattes. Die Proletarier, die sich keine Schöpplindchen halten und die an Sieblungsbaum nicht denken können, werden wissen, wie sie diese „positive Arbeit“ zu bewerten haben.

So wird der Achtstundentag vermachert!

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsbeamte

Frische Siegnitz

erklärte auf der Betriebsrätekonferenz der Textilarbeiter zu Landeshut am 4. Januar 1924:

„... man solle, um wieder zu Tarifabschlüssen zu kommen, den Unternehmern bis 54 Std. Arbeitszeit pro Woche anbieten!“

Wahrlich heldenhafte Kämpfer für die Rechte des Proletariats! Bekämpft die Verräter der Arbeiterklasse aus Euren Reihen.

Hirschberg, Schlef. Den Auftakt zur kommenden Wahl gaben im hiesigen Kreise die Deutschnationalen in Bobersdorf, wo ein Kaufmann Bellel aus Siegnitz (scheint ein früherer Arbeitersekretär gewesen zu sein), am 19. März ein Referat über die kommenden Wahlen hielt. Der ganze Vortrag war eingeteilt auf den Stimmenfang der Kleinbauern und Arbeiter. In letzter Zeit haben diese überhaupt „sehr viel“ übrig für den Arbeiter, Beamten, und Mittelstand. Aber das Ganze ist nichts weiter, als strupellose Wahlmache, fünf Minuten vor der Wahl, nachher ist es vorbei. Die Koalitionsparteien und insbesondere, die doch gute bürgerliche Sozialdemokratie, lam besonders schlecht weg. In der Diskussion, die leider nur fünf Minuten (wegen der Polizeistunde?) betrug, sprachen von den Kommunisten Genosse Dehmann-Orman, der einige Punkte besonders scharf herausgriff, dann Genosse Kirtle, welcher besonders auf den Marxismus einging und betonte, daß ja in Deutschland noch keiner gewesen wäre, man auch nicht von derartigem reden könnte. Durch unser Erscheinen war dem Referenten der Erfolg genommen worden, so daß sehr viele zurecht nach Hause gingen. Die SPD hat auch hier wieder glänzend verlagert, als sich anwesende SPD-Leute nicht wagten, zu sprechen. Besto mehr haben die Kommunisten auch bei den Bauern Eindruck gemacht, umso mehr, als in die Stille der Nacht hinein von den abziehenden Kommunisten die Internationale kräftig erklang.

Achtung! Achtung!

Die für Sonntag, den 30. März in Breslau angelegte Konferenz der Wahlleiter muß wegen finanziellen Schwierigkeiten ausfallen.
Das Bezirkswahlkomitee für Schlesien
Breslau, Trebnitzerstraße 50.
J. A. A. Hamann.

Sozialdemokratisch oder reichstreuen?

Aus der Opposition im Bergarbeiterverband wird uns berichtet: Die Bergwacht hat in letzter Zeit die Mandatmachung der SPD benutzt, um die Opposition in den freien Gewerkschaften als „gelb“ hinzustellen. Sie behauptete, man brauche nur an den Oppositionellen zu fragen und es komme das wahreste Gelbe zum Vorschein. Inwieweit die Mitglieder der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, ebenso die Redakteure der „Bergwacht“ ein Recht haben, sich als Kämpfer gegen Gelb aufzuspielen, dafür einige Beispiele. Im Mai 1916 veranlaßte der damalige Bezirksleiter Julius Franz (jetzt Bezirksleiter in Oberschlesien) ein Schreiben an die Ortsverwaltungen des Bergarbeiterverbandes, indem er alle Ausführgangmitglieder der Schachtanlagen, ganz gleich ob sie reichstreuen oder langjähriger Richtung sind, zu einer Konferenz im Auer aufforderte. Ferner standen die damaligen reichstreuen Händen befindlichen Ortsverwaltungen des Bergarbeiterverbandes mit dem Reichstreuen jetzigen Bergverwalter Nikolaus, einem der ärgsten Schachtwächter der Vorkriegszeit, in Verbindung. Da bei der 4. Kriegsanleihe den Bergarbeitern schon ein Entschäfer angeboten war, mußte bei der 5. Anleihe eine sanftere Ermahnung an die betreffenden Ortsverwaltungen nachgehen. Auch hat ja der Hauptvorstand des V. A. R. besonders dazu beigetragen, die Arbeiter um die letzten Groschen zu bringen und den Krieg zu verlängern.

Dem Bergverwalter des Krieges zur Arbeitsgemeinschaft, zur wirtschaftlichen Ausgliederung der Gegenwart. So sind die Arbeiter durch die Politik der SPD und Gewerkschaftsregenten dem Untergang entgegengeführt worden. Den Bergarbeitern kann nur die die Entfernung dieser langjährigen Personen aus der Organisation retten. Es gilt den Kampf gegen alle diejenigen, die das Proletariat vom Entschäferkampf gegen die Unternehmer abhalten wollen, mit schärfster Energie zu führen.

Schwerfende Verlängerung der Arbeitszeit

Am Donnerstag, den 20. März, tagte im „Eckstein“ in Waldenburg eine Grabenmetallarbeiterversammlung Tagesordnung: Die Verlängerung der Arbeitszeit. Der Angestellte Steinberg gab den Bericht über die fastgehenden Verhandlungen in diesen Punkte. Die Unterzeichner fordern neun Stunden die letzte Stunde soll nach ihrem Ermessen geregelt werden, sie fordern Lohnabbau und Abbau der gesamten sozialen Einrichtungen. Am 19. März wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine neunstündige Arbeitszeit vorschreibt. Wo es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, wird die 10. Stunde in freier Vereinbarung mit dem Betriebsrat eingeführt. Der Schiedspruch sieht einen Lohnabbau von acht Pfennig vor, so daß die letzte Stunde mit einem Mehrerwerb von zwei Pfennig bezahlt würde. Die Organisation leitete den Schiedspruch ab, da es ihr nicht gut möglich war, mit diesem Schiedspruch vor die Arbeiter zu treten. Am 26. März wird vom Reichsarbeitsministerium ein neuer Schiedspruch gefällt, der aber angenommen wird. Die letzte Stunde soll nur in den seltensten Fällen verfahren werden, bei uns gibt es nur neun Stunden und dabei bleibt es!

In der Aussprache erklärt Kollege Walter, daß es für uns nur einen Achtstundentag gibt, auf keinen Fall neun Stunden. In ganz Deutschland wehrt sich die Arbeiterschaft gegen Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau. Das Naturrecht steht wieder vor großen Kämpfen. Die Verlängerung der Arbeitszeit in verschiedenen Gebieten konnte nur eingeführt werden, weil die Abwehrkämpfe isoliert wurden. Alle diese Kämpfe müssen zu einem einheitlichen Kampf zusammengesetzt werden. Folgende Entschäferung wurde vorgelegt:

Die am 20. März im „Eckstein“ in Waldenburg versammelten Grabenmetallarbeiter nehmen Kenntnis von der bevorstehenden Arbeitszeitverlängerung.

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem bevorstehenden Kampf der Gesamtarbeiterschaft im Ruhrgebiet.

Die Versammlung erklärt, daß in keiner Beziehung länger gearbeitet wird.

Die Ortsverwaltung wird beauftragt, sofort mit den anderen Organisationen im Bergbau, einschließlich der Union in Verbindung zu treten, um den Abwehrkampf zu organisieren, und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gemeinsam mit dem Ruhrgebiet den Kampf auszuführen.

Der Ortsverwaltung wird zur Pflicht gemacht, konsequent unter den anderen Organisationen für die Organisierung des bevorstehenden Kampfes zu arbeiten.

Die Versammelten sind einstimmig der Ansicht, daß nur durch den härtesten Kampf die letzten Positionen gehalten werden können.

Als Vorbedingung wird gefordert:

1. Kündigung der noch bestehenden Abmachungen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit in sich tragen, z. B. unter Lage acht Stunden.
2. Sofortiger Bruch mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik.
3. Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie, zum Zusammenfassung aller Kämpfe.

Zwei weitere Kollegen sprachen für Organisierung des Kampfes. Die kommenden Wahltag werden Jagstage sein. Kollege Scholz-Vollberg wirft die Frage auf, ob wir imstande sind, überhaupt einen Kampf zu führen, weil Inbifferente und Anorganisiertheit uns in den Rücken fallen werden. Kollege Hannig spricht sich gegen einen Streik aus. Er lasse sich erst durchführen, wenn die Betriebe geläubert sind und Arbeitsangebote nicht mehr in Frage kommen. Das Verfahren der letzten Stunde überlasse er als Betriebsrat seinen Kollegen.

Steinberg bittet um Ablehnung der Entschäferung, der Kampf kann nur organisiert und vorbereitet werden durch Werksarbeit für den Verband. Mit der Union gehen wir niemals zusammen. Die Abstimmung über die Entschäferung ergibt zehn Stimmen Mehrheit für Ablehnung.

Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß nur durch den härtesten Kampf die letzten Positionen gehalten werden können.

Sportnachrichten.

Freie Turnerschaft Breslau. Sonntag, den 30. 3., Vereinsturnmarsch. Sämtliche Abteilungen haben ihren Weg so zu wählen, daß sie in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags die Kontrollstelle der Kleinbahn, Haltepunkt Hünzern, Dorf, passieren.

1. Abteilung. Treffpunkt zum Turnmarsch am kommenden Sonntag ist früh 6 Uhr am Westpark. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

1. Schüler-Abteilung. Montag, den 31. 3., nachmittags 6 Uhr, Posener Schule, Schülerversammlung. Bleistift und Papier mitbringen!

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser, Breslau, Inzerate: Max Fischer, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. B. m. H., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Lieblich-Theater
März 1924
Täglich 7 1/2 Uhr
Emanuel Steiner
Der berühmte Rechenmeister 652
Schwestern Wiosenthal
Fred Janz
Der rheinische Komiker und 10 Attraktionen

Achtung Genosse!
Billig! Billig!
Feldgrane Litewken 2,50 Mk.
Dreijacke, Arbeitsshosen von 3 Mk. an Hemden, Unterhosen, gewand. Militärrocke, gebr. Militärshute und Stiefel. Kein Laden, darum sehr billig!
Antonienstraße 33 III.

Möbel
finden Sie billig bei Klappant, Brüderstr. 35

Nähmaschinen
kamt Wieners, Gräbigerstr. 51. 661

Billigste Bezugsquelle
in Futterstoffen und Garnen f. Schneider
Herbert Scholz
Wellberggasse 43

Wohnung
jedes Preis für Haus - 7,63
Pistolen
Prismen-
Glas
Photo-Apparate
G. Nolda
Adalbertstraße 28
2 Minuten vom Ring

Andere Organisationen
Breslau, Sonntag, den 30. März, bei Roschor, Poststr. 33, Fraktionsversammlung aller kommunistischer Parteimitglieder. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.

Achtung! Gänger! Achtung!

Die erstmaligen Übungsstunden des Männerchor „Cos“ der SPD Ortsgruppe Breslau finden bestimmt am Sonntagabend, den 29. März, abends 7,30 Uhr im Lokal Hering, Heinrichstraße 5, statt.
Alle fangeschlüssigen Genossen und Sympathisierenden werden hiermit freundlichst eingeladen.

Berichtungs-Kalender

- Breslau, Distrikt 1, Donnerstag, 27. März, abends 7 Uhr, in der Volkshaus, Wallstr. 39, Distrikt-Berichtungsversammlung. Sympathisierende können eingeführt werden. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht! Achtung! Distrikt 6, Freitag, den 28. März, abends 7,30 Uhr im Schirmweber (Börsezimmer), Distrikt-abend. Referent anwesend.
— Distrikt 7 und 8, Freitag, den 28. März, abends 8 Uhr, in der Arbeiter-Versammlung, Erscheinen eines jeden Genossen und einer jeden Genossin ist Pflicht. Lokal Weinstr. 39, „Im guten Gassen“.
— Distrikt 13, Freitag, den 28. März, bei Langner, Schloßberg Straße 36, Distriktversammlung, Referent anwesend.
— Freitag, den 28. März, findet abends 7,30 Uhr, bei Franke, Leventhalstr. 173, die Bezirksversammlung statt. Sämtliche Genossinnen und Genossen haben zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen. Referent Gen. Gürtner.
Mittelschlesien. Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 6 Uhr, findet im Klub der Betriebsräte eine Generalversammlung statt. Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin der SPD, ist es, zu erscheinen. Zutritt haben nur Mitglieder.
Unterbesitz Waldenburg. Sonntag der Arbeitsgemeinschaft. Sonntag, 30. März, nachmittags 2 Uhr, findet in Dittersbach im Gasthaus zur Obsthöhle eine Konferenz der Betriebsräteleiter und Referenten des Unterbesitzes statt. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Genosse fehlen. Selbst die finanzielle Lage der Arbeitsgemeinschaft darf nicht als Grund zur Entschuldigung beim Nichterscheinen gelten. Genossen sind revolutionäre Mitglieder.
Waldenburg. Sonntag, den 30. März, findet im „Anter“ abends 6 Uhr, unsere Mitglieder-Versammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Erscheinen aller ist revolutionäre Pflicht!
M. D. Ortsgruppe Breslau. Donnerstag, den 27. März, abends 7,30 Uhr, im Minoritenhof, Mitglieder-Versammlung.
M. D. Waldenburg. Sonntag, den 30. März, nachmittags 1,30 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Genosse Seppel spricht über das Arbeitsverhältnis. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Lokal wird durch die Unterbesitzer bekannt gegeben.
Achtung! Ortsgruppe der K. des Unterbesitzes Waldenburg. Alle Ortsgruppen, die öffentliche Berichtigungen abhalten müssen, müssen sich sofort an die Unterbesitzer wenden. Gelder für Bier und Unterbesitzer sind sofort einzubringen.